

Der demografischen Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen?

Abstracts

Dezembertagung des Arbeitskreises "Städte und Regionen" der DGD
in Kooperation mit dem BBSR

6. Dezember - 7. Dezember 2012 in Berlin

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Jürgen Aring, BFAG Meckenheim und TU Dortmund***Gleichwertige Lebensbedingungen neu interpretieren:
Mehr Selbstverantwortung vor Ort**

Wir werden weniger und älter“. Diese Entwicklung scheint unaufhaltsam. Räumlich sind beim demografischen Wandel starke Differenzierungen zu erwarten – weniger bei der Alterung, viel mehr bei der absoluten Bevölkerungsentwicklung. Besonders betroffen sind davon die traditionell dünn besiedelten Räume im Nordosten und Norden Deutschlands. Dort können Wechselwirkungen zwischen demografischer und regionalwirtschaftlicher Entwicklung in ökonomische Abwärtsspiralen münden, die die Abwanderung noch beschleunigen.

Der klaren Botschaft „Schrumpfung“ hinkt die Entwicklung einer angemessenen Raumentwicklungspolitik jedoch noch hinterher. Während wir über die quantitativen Ausprägungen der demografischen Struktur in dünner besiedelten, ländlich geprägten Räumen im Jahre 2020, 2030 oder 2040 inzwischen genaue Vorstellungen haben, wissen wir nicht, wie es sich in den Räumen dann lebt und wie der Weg dorthin zu gestalten ist. Auch gibt es vor Ort in den betroffenen Räumen politisch bisher wenig Interesse, sich mit diesem absehbar schmerzhaften Prozess zu beschäftigen. Krisen sind nicht identifikationsfähig, und so ist es für viele politisch Verantwortliche nahelegend, erst einmal abzuwarten.

Es ist offensichtlich, dass sich die Lebensbedingungen in dünn besiedelten Räumen weitreichend ändern. Wenn die Bevölkerung schrumpft, die Nachfrage abebbt, die Angebote weniger und die Wege weiter werden, dann sind Anpassungen gefordert – von den Anbietern von Dienstleistungen, von der öffentlichen Verwaltung und auch von der Bevölkerung. Doch Anpassung zu fordern ist leichter als sie zu erreichen. Gern wird bei einer Perspektivdiskussion für die dünn besiedelten Räume mit Bevölkerungsrückgang auf andere Länder verwiesen, in denen die Bevölkerungsdichte ähnlich oder noch geringer ist – zum Beispiel auf die nordischen Länder Schweden, Norwegen und Finnland. Dort geht das Leben in dünn besiedelten Räumen auch weiter – und im Allgemeinen nicht einmal schlecht. Warum sollte das nicht auf unsere Regionen übertragbar sein? Die Antwort ist erstaunlich einfach: Es ist bislang nicht übertragbar, weil sich unsere Gesellschaftsverträge stark unterscheiden.

Der Vortrag im Rahmen der Dezembertagung 2012 wird Überlegungen vorstellen die auf der These basieren, dass es in Deutschland einer Diskussion über einen neuen Gesellschaftsvertrag bedarf, um die Herausforderungen in den dünn besiedelten Räumen zu lösen: einen Vertrag, der räumliche Unterschiede nicht zuerst als Probleme sieht, die es abzubauen gilt, sondern einen Vertrag, der auf räumliche Unterschiede mit differenzierten Regularien reagiert und so mehr lokale Selbstverantwortung ermöglicht und erzwingt. Es heißt immer wieder, gleichwertige Lebensverhältnisse zielen nicht auf Gleichheit oder Normierung. Vielleicht muss man den spürbaren Ungleichheiten viel stärker Rechnung tragen, um regional unterschiedliche, aber gute Lebensverhältnisse zu erreichen. Wenn man dorthin will, darf es eine Qualitätsdiskussion, die sich am Maßstab dicht besiedelter Räume orientiert, nicht geben. Entscheidend wäre vielmehr, dass das Gemeinwesen im Alltag funktioniert. Solch ein neuer Gesellschaftsvertrag kann nur das Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses sein.

Unter dem Oberbegriff „Selbstverantwortungsräume“ werden die Eckpunkte eines Ansatzes summiert, der in dünn besiedelten Regionen mit Bevölkerungsrückgang auf die Ermöglichung und Erzwingung von mehr Selbstverantwortung vor Ort setzt. Das löst die Probleme vor Ort noch nicht, verändert jedoch die Bedingungen zur Problemlösung deutlich. Das Konzept der Selbstverantwortungsräume setzt bisher auf folgende Bausteine: **Ers-tens: Starke Kommunen**, die Gestaltungsspielräume haben und nutzen. Das sollten Großkommunen sein, in denen kommunale Selbstverwaltungsstrukturen an mittelzentrale Funktionalräume angepasst sind. Damit steigen die Chancen für eine Stärkung von Kernen und eine räumliche Ausdifferenzierung des Kommunegebietes in Garantiezonen und Selbstverantwortungszonen. Nach diesem Konzept könnten die Kommunen ihre eigenen Ressourcen auf die Garantieräume konzentrieren. Raumrelevante Entscheidungen des Landes und des Bundes müssten das systematisch unterstützen. Selbstverantwortung in Großkommunen bedeutet zusätzlich auch „mehr Demokratie zu wagen“, um schwierige Entscheidungen vor Ort demokratisch zu legitimieren. **Zweitens: Flexible Lösungen** für ländliche Räume entwickeln und zulassen. Landesweite einheitliche Standards können für dünn besiedelte Räume zum Bumerang werden, wenn sie zur Schließung oder extremen Verteuerung von Einrichtungen führen. Deswegen sollen die betroffenen Räume die Chance auf eigene Standards oder zumindest Abweichungsrechte oder Ausnahmegenehmigungen erhalten. **Drittens: Zivilgesellschaftliches Engagement** wird neben den starken Kommunen die zweite Säule der Selbstverantwortung sein. Vereine, Bürgergenossenschaften und Initiativen können Beiträge zur Sicherung von Infrastruktur und Lebensqualität vor Ort leisten. Dabei können sie enge Kooperationen oder Aufgabenteilungen mit der öffentlichen Hand eingehen. Freiwillige Feuerwehren oder Bürgerbusse funktionieren schon jetzt nach diesem Prinzip.

Solche Selbstverantwortungsräume, die mit den Traditionen in Deutschland brechen, bieten einigen Räumen eine Option für die Zukunft, mit der sich Gestaltungsperspektiven zurückgewinnen lassen. Dabei gilt es jedoch noch viele offene Fragen zu klären. Wir sollten möglichst sofort mit der Suche nach den Antworten beginnen.

Prof. Dr. Jürgen Aring

BFAG Meckenheim und TU Dortmund

aring@t-online.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Martin Albrecht, Gertz Gutsche Rümenapp – Stadtentwicklung und Mobilität, Hamburg

Michael Glatthaar, Büro pro loco Bremen

Gefahrenabwehr unter Druck – vom Negieren zum Handeln**Folgewirkungen der demografischen Entwicklung für den abwehrenden Brandschutz**

Schon heute sind die Eintreffzeiten von Feuerwehreinheiten bei Notfallereignissen in ländlichen, besonders vom demografischen Wandel betroffenen Teilräumen oftmals sehr lang. Demografische Entwicklungen und Veränderungen in verschiedenen Leistungsbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden die Sicherstellung des normativ gewünschten und gesetzlich normierten Schutzniveaus künftig voraussichtlich zusätzlich erschweren.

Seit Sommer 2011 wird daher im Werra-Meißner-Kreis ein Masterplan Daseinsvorsorge für die Themenbereiche Gefahrenabwehr und Notfallrettung erarbeitet. Dies geschieht im Rahmen der Verstärkung des Modellvorhabens der Raumordnung „Region hat Zukunft“ (welches durch BMVBS und BBSR gefördert und fachlich begleitet wurde). Die Erstellung wird dabei maßgeblich durch die beiden Autoren unterstützt.

Der vorgeschlagene Beitrag verfolgt das Ziel, die Herausforderungen, die sich im Bereich des abwehrenden Brandschutzes im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung ergeben darzustellen und aufzuzeigen, wie sich trotz aller Befindlichkeiten ein lösungs- und handlungsorientierter Prozess für eine äußerst sensible kommunale Pflichtaufgabe initiieren lassen kann. Der Beitrag orientiert sich dabei an zwei Thesen:

These 1: Die teilräumlichen Unterschiede im Schutzniveau sind schon heute so groß, dass eine Gleichwertigkeit faktisch nicht (mehr) gegeben ist

Dies zeigen Ergebnisse einer im Rahmen des Projektes durchgeführten Untersuchung der Eintreffzeiten an allen denkbaren Einsatzorten im Kreisgebiet. Vorausschätzungen der Mitgliederzahlen in den Einsatzabteilungen machen deutlich, dass sich die Unterschiede künftig verfestigen oder sogar verstärken könnten.

These 2: Wenn durch freiwillige Akteure kommunale Pflichtaufgaben erfüllt werden und der Handlungsdruck steigt, ist ein gemeinsamer Prozess trotz aller Schwierigkeiten unumgänglich.

Abwehrender Brandschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe, die im ländlichen Raum nahezu ausschließlich durch ehrenamtlich tätige Freiwillige wahrgenommen wird. Das Schutzziel ist durch die Hilfsfrist gesetzlich normiert. Diskussionen über tatsächlich bestehende Versorgungsqualitäten, das Abweichen von Standards sowie über Standorte und deren Material- und Personalausstattung sind vor dem Hintergrund der Akteurskonstellationen besonders heikel, da es verschiedene Verantwortlichkeiten gibt und die Leistung nicht vergütet wird (bzw. meist nur über eine Aufwandspauschale ein Teil der Unkosten ausgeglichen werden). Die Diskussion um Anpassungsmöglichkeiten und Handlungsstrategien (Erfolg von Anreizinstrumenten zur Personalgewinnung, Konzentration der Standorte, veränderte Alarmierungsstrategien etc.) braucht einen vertrauensvollen Rahmen und muss die Befindlichkeiten ausreichend berücksichtigen. Sonst ist die Bereitschaft zur Freiwilligkeit und damit zur Übernahme einer gesetzlichen Aufgabe in Gefahr.

In unserem Beitrag zeigen wir, wie es gelungen ist, in einem fast einjährigen Prozess die Akteure zu einer offenen Diskussion anzuregen und die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen breit zugänglich zu machen.

Martin Albrecht
Gertz Gutsche Rümenapp – Stadtentwicklung
und Mobilität, Hamburg
albrecht@ggr-planung.de

Dr. Michael Glatthaar
Büro pro loco Bremen
glatthaar@proloco-bremen.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Frank Albert***Auswirkungen des demografischen Wandels
auf die Schulinfrastruktur in ländlichen Räumen**- Untersuchungsergebnisse im Rahmen einer Master-Thesis -

Der demografische Wandel und seine Folgen für die Gesellschaft und unser Land sind große Themen in der öffentlichen Diskussion. ‚Weniger, älter, bunter‘ ist kennzeichnend für seinen Verlauf im Bundesgebiet. Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind bereits in vielen Bereichen des täglichen Lebens der Menschen zu spüren und werden in Zukunft noch deutlicher zum Tragen kommen. Welche Strategien kann man nun erarbeiten, um den demografischen Wandel und seine Folgen beherrschbar zu machen?

Im Rahmen dieses Referates geht es um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Schulinfrastruktur in ländlichen Regionen des Bundesgebietes. Es soll aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten trotz rückläufiger Schülerzahlen bestehen, eine wohnortnahe Bildungsinfrastruktur zu gewährleisten.

Die Schulinfrastruktur ist ein von demografischen Schwankungen besonders betroffener Bereich. Ein Geburtenrückgang drückt sich mittelbar in sinkenden Schülerzahlen aus. Das Schul- und Lehrangebot wird oft einfach auf ein Minimum reduziert, Standorte werden geschlossen oder zusammengelegt. Zwangsläufig resultierende immer längere Schulwege und -zeiten sind hier oft die Folge. Diese oft gezeigten Reaktionen auf rückläufige Nutzerzahlen sind jedoch in ländlichen Räumen mit einem besonders dünnen Angebot an Schulinfrastruktur nicht in gleichem Maße umsetzbar, wie etwa in Verdichtungsräumen. Ausdünnung der Schulinfrastruktur hat darüber hinaus unmittelbare Folgen auf die Bildungsgerechtigkeit und die gesetzlich garantierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Überdies hat Schule in ländlichen Räumen eine besondere Bedeutung, die es zu erhalten gilt. Schulen werden immer häufiger als Standortfaktor für einen möglichen Zu- oder Wegzug gesehen.

Inhaltlich will dieses Referat daher vielfältigste Lösungsmöglichkeiten aus der Praxis für das Problem der Aufrechterhaltung von Schulinfrastruktur aufzeigen. Es werden Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Literatur sowie aus verschiedenen Experteninterviews aufgezeigt und kurz beschrieben. Der Blick in bereits stark betroffene Regionen Deutschlands, aber auch in andere europäische Länder ist hier lohnend und macht Mut.

Wichtig jedoch ist, dass das Problem des demografischen Wandels und den daraus resultierenden sinkenden Kinderzahlen frühzeitig erkannt und thematisiert wird. Es reicht nicht, immer nur nach dem Staat zu rufen und in Selbstmitleid zu versinken. Eigeninitiative, Kreativität und Engagement sind hier vor Ort gefragt.

Frank Albert (MBA)

Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

frank.albert86@web.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Michael Arndt***Der Nachhaltigkeitscheck „ESYS“ – Instrument für einen demografiefesten Umbau und Organisation kommunaler Infrastrukturen**

Langfristig tragfähige Infrastrukturentscheidungen und deren Auslastungen gewinnen in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte und des demografischen Wandels an Relevanz. Nichttragfähige Infrastrukturentscheidungen können im Zuge von Schrumpfungsprozessen nicht nur die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum gefährden, sondern das kommunale Institutionensystem selbst. Der „Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung“ des Bundestags empfahl daher zukünftig mit öffentlichen Mitteln geförderte Vorhaben im Bereich der Infrastruktur bereits im Vorfeld auf ihre Demografiefestigkeit und langfristigen Folgewirkungen zu überprüfen (vgl. Deutscher Bundestag 2007).

Die Notwendigkeit einer langfristigen Abschätzung von Politiken ergibt sich aus dem Umstand, dass Infrastrukturplanungen zum einen sehr kostenintensiv sind und ihre sich Nutzung über Zeiträume zwischen 50 bis zu 100 Jahren erstrecken. Mit dem vom IRS entwickelten Nachhaltigkeitscheck „ESYS“ liegt ein Instrument für einen demografiefesten Umbau und Organisation kommunaler Infrastrukturen vor. Hierbei handelt es um ein Instrument, welches **vor** einer Entscheidung zu Rate gezogen werden sollte, um mögliche Folgewirkungen von Infrastrukturinvestitionen zu modellieren. Der Nachhaltigkeitscheck ESYS stellt damit eine Möglichkeit dar, Auswirkungen von Infrastrukturprojekten in einer standardisierten Weise systematisch und transparent aufzuzeigen und dadurch vergleichbar zu machen.

ESYS ist das Produkt eines mehrjährigen Forschungsvorhabens und stellt ein Bewertungssystem in Form eines Computertools für eine nachhaltige Infrastruktur- und Flächenplanung dar. Das Projekt wurde im Rahmen des BMBF-Forschungsprogramms „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und nachhaltiges Flächenmanagement“ (REFINA) gefördert. Ziel von ESYS ist es, die öffentliche Infrastrukturinanspruchnahme hinsichtlich demographischer Dynamiken tragfähiger und flächensparsamer anzusteuern. Hierzu wurden nachhaltige Entscheidungskriterien für die Infrastruktur- und Flächenplanung in das Computertool integriert. Sie berücksichtigen zum einen die zu erwartende demographische Entwicklung und die daraus resultierenden veränderten Infrastrukturanforderungen und Flächenbedarfe. Gleichfalls lassen sich Handlungsalternativen sowie die damit verbundenen positiven und negativen Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung systematisch darstellen. Der Nachhaltigkeitscheck wurde praxisnah und nachvollziehbar gestaltet und soll den verantwortlichen Planungs- und Verwaltungseinheiten von Landkreisen und Kommunen in der Infrastrukturplanung Orientierung (Abrechenbarkeit der öffentlichen Planung) geben. Inzwischen findet der webbasierte Check im Verwaltungshandeln des Landes Brandenburg im Bereich Straßeninvestitionen seine Anwendung

<http://www.irs-net.de/forschung/forschungsabteilung-1/esys/index.php>

Dr. Michael Arndt
IRS Erkner
ArndtM@irs-net.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Uta Bauer, Büro für integrierte Planung Berlin**Heike Wohltmann, plan-werkStadt Bremen***Für wen sind Versorgungslücken im ländlichen Raum ein Problem?**

Der vorgestellte Beitrag bezieht sich auf erste Ergebnisse des FoPS-Vorhabens 73.340 „Strategien zum demographischen Wandel – Standort und Standortalternativen“, das vom BMVBS und BBSR 2011 beauftragt wurde und 2013 abgeschlossen werden wird.

Im Rahmen des Projektes werden die drei, bislang im Wesentlichen getrennt diskutierten Aspekte, die Sicherung der Daseinsvorsorge, Wanderungs- und Wohnstandortwahlverhalten der Bevölkerung und Erreichbarkeitsverhältnisse und Verkehrsaufwand der Bevölkerung gemeinsam betrachtet. Neben der „Angebotsseite“ wird auch nach den jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen sowie der Mobilitäts- und Umzugsbereitschaft der „Dagebliebenen“ gefragt. In drei Fallregionen (Kreis Nordfriesland, Werra-Meißner-Kreis und Landkreis Uckermark) werden die Auswirkungen der praktizierten Handlungsstrategien auf Verkehrsaufwand, Erreichbarkeit und Teilhabe mittels Sekundäranalysen mehrerer standardisierter Erhebungen untersucht und die Ergebnisse mit Hilfe von Bürgerwerkstätten und (leitfadengestützten) (Experten)Interviews überprüft. Aus den Analysen wird das Ausmaß der Betroffenheit von sozialer Exklusion aufgrund von Erreichbarkeitsproblemen quantifiziert und räumlich sowie sozial differenziert dargestellt.

Auch wenn gesellschaftliche Teilhabe und Erreichbarkeit alltäglicher Angebote nicht für alle Menschen gewährleistet ist: Nach Auswertungen der repräsentativen Erhebungen der MID 2008 berichten nur rund 3% (!) der gesamtdeutschen Bevölkerung von Problemen, Läden für den täglichen Bedarf nicht gut erreichen zu können. Bezogen auf den eigenen Arbeits-, Ausbildungs- oder Schulplatz trifft dies für 7% aller Erwerbstätigen/ Auszubildenden/Schüler zu. Diese Probleme betreffen in überdurchschnittlich starkem Maße Personen mit geringem Einkommen, geringer Bildung, Jugendliche, Alte, Personen ohne Pkw und Haushalte im ländlichen Raum. Beispielsweise berichten in Gemeinden unter 5.000 EW 28% der Bevölkerung ab 65 Jahre ohne Pkw im Haushalt über Probleme, Einkaufsgelegenheiten für den täglichen Bedarf zu erreichen. In der Altersgruppe 75+ sind es sogar 32%. Öffentliche Verkehrsmittel können die damit verbundenen Probleme allenfalls sehr begrenzt kompensieren.

Und die Bevölkerung vor Ort – was sagt sie dazu? Auf den bislang durchgeführten Bürgerwerkstätten und in den Interviews mit Experten und betroffenen Haushalten überwiegt die Einstellung, dass die Vorteile des Lebens auf dem Lande die Nachteile aufwiegen und derzeit die sozialen Netze noch so tragfähig sind, dass sich Alternativen zum Wohnort kaum stellen. „Man arrangiert sich mit den Lebensbedingungen“, nutzt mobile Versorgungsangebote, bittet bei Bedarf Verwandte und Nachbar/innen um Unterstützung und kauft auf Vorrat ein „Alle haben zu Hause eine eigene Speisekammer“. Aber diese funktionierenden Netzwerke bekommen aus verschiedenen Gründen zunehmend Löcher: Viele junge Leute ziehen heute nicht mehr zur Ausbildung in die nächsten lokalen Zentren, sondern verlassen häufig ganz die Region oder das Land. Auch zuziehende junge oder ältere Haushalte fühlen sich längst nicht mehr so an die Region gebunden, wie noch Generationen davor. Passt die gesuchte Ruhe und Natur nicht mehr zum Lebenskonzept, zieht man wieder woanders hin. Wirkliche Versorgungsprobleme erwarten viele Bürgermeister erst in dem nächsten Generationenwechsel, wenn die Enkel der heutigen älteren Generation ihre Eltern nicht mehr unterstützen können. Aber auch dann ist ein Stück „Gelassenheit“ wohl ein guter Ratgeber. Denn nicht nur von Anbieterseite wird einiges getan, um den Menschen in diesen Räumen „entgegenzukommen“, z.B. durch Bringdienste, Hausbesuche, rollende Arztpraxen oder dergleichen. Eine wichtige Ressource, um hier leben zu können ist einerseits Flexibilität, andererseits die Fähigkeit, sich mit den Möglichkeiten zu begnügen, die mit erreichbarbarem Aufwand zur Verfügung stehen.

Dipl. Geogr. Uta Bauer
Büro für integrierte Planung Berlin,
info@bipberlin.de

Dipl.-Ing. Heike Wohltmann
plan-werkStadt Bremen
team@plan-werkstadt.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Johann Behrens, Martin-Luther-Universität Halle und DIW Berlin

"Gleichwertigkeit" im Unterschied zu "Gleichartigkeit" der Lebensbedingungen von Regionen? - Diskursgeschichte und ältere Befragungsergebnisse

Ziel des Vortrags ist eine historisch informierte Diskussion des Gleichwertigkeitspostulats und ihrer sozialökonomischen Implikationen.

Basisbeispiele sind die Beobachtungen, daß a) in Frankfurt am Main und in München pro Erwerbstätigen mehr verdient wurde und wird als im Bayrischen Wald und im damaligen Zonenrandgebiet und b) die Herzinfarkt- und Schlaganfall-Mortalität im Bayrischen Wald höher sei als die in Frankfurt am Main, weil hocheffektive Behandlungen (z.B. stroke units) weniger schnell erreichbar seien.

Die ökonomische Theorie der 70er und der folgenden Jahre, z.B. Meinhold gelegentlich, erklärte diese Unterschiede so. Die höheren Löhne in Frankfurt oder München seien eine Art Schmerzzulage. Die Stadt sei so viel häßlicher, lauter und schmutziger als der Bayerische Wald, daß dieses Leid durch höhere Löhne kompensiert werden müsse, bevor alle Arbeitskräfte in den schönen Bayerischen Wald oder das ruhige Zonenrandgebiet abwanderten. Der Herausgeber der Frankfurter Allgemeine, Friedrich Karl Fromme, wunderte sich, daß ausgerechnet die schönsten Regionen Deutschlands, z.B. die wenig bevölkerten Gegenden Schleswig- Holsteins mit ihren alten, schmal durch die Landschaft mäandernden baumbestandenen und grasbewachsenen Alleen, Gegenstand der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur werden sollten, wo es an ihnen doch eigentlich gar nichts zu verbessern gab. Bürger in der Schwalm und im Bayrischen Wald sagten in Interviews, es sei ihnen klar, daß sie nach einem Herzinfarkt oder einem Schlaganfall weniger Therapiechancen hätten, als wohnten sie neben einer Universitätsklinik. Aber das so viel schönere Leben in der Schwalm oder im Bayrischen Wald sei einen etwas früheren Tod allemal wert.

Allen diesen Interpretationen liegt ein Gleichwertigkeitspostulat zu Grunde, das sich vom Gleichartigkeitspostulat deutlich unterscheidet. Das Land gliedert sich in unterschiedliche, aber gleichwertige Pakete guten Lebens: Das eine Paket besteht aus Lärm, Enge, Hektik, Etagenwohnung, höherem Einkommen und schneller medizinischer Versorgung. Das andere Paket beinhaltet Weite, Ruhe, Landschaft, weniger Einkommen, ein eigenes kleines Haus, hohe Fahrtkosten, schlechtere gesundheitliche Versorgung und einen früheren Tod. Je nach ihren Vorlieben für das erste oder das zweite Paket wandern die Menschen und tragen die Konsequenzen ihrer Wahl, wie auch ein Raucher sich in Kenntnis und Hinnahe der wahrscheinlichen Konsequenzen seine Zigarette wählt und anzündet. Entscheidend für dieses Konzept ist die Annahme der ungehinderten Wanderung. Wenn Menschen ungehindert dorthin wandern könnten, wohin sie wollten, ergibt sich tendenziell quasi automatisch eine Gleichwertigkeit der regionalen Lebensbedingungen bei durchaus äußerster Ungleichartigkeit der Lebensbedingungen, deren Ungleichartigkeit aber kein Anlass für sozialstaatliche Interventionen ist. Gegen die vom Schweinezyklus bekannten dynamischen Probleme hätte der Staat nur die Aufgabe, durch kurzfristige statistische Berichterstattung die jeweiligen Lebensbedingungen (also soziale Indikatoren) rechtzeitig für Wanderentscheidungen bereitzustellen.

Sieht man die weitere Diskussion, so folgte sie nicht dem Gedanken der Wahl zwischen Paketen, aus denen sich die Gleichwertigkeit von Regionen bei Ungleichartigkeit ergibt. Stattdessen werden doch gleichartige Basismerkmale für alle Regionen festgelegt. Chancen und Risiken dieser theoretischen Entwicklung werden in dem Vortrag in der Auseinandersetzung mit Bordieu und A. Sen diskutiert.

Prof. Dr. phil. Johann Behrens
Medizinische Fakultät Halle-Wittenberg und
Forschungsprofessur des DIW Berlin
johann.behrens@medizin.uni-halle.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Christian Bülow, Universität Greifswald

Verfehlte Regionalpolitik oder demographischer Wandel?**Handlungsempfehlungen um die Abwärtsspirale des demographischen Wandels aufzuhalten am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern**

Mecklenburg-Vorpommern dient als Musterbeispiel für das Phänomen des demographischen Wandels. Mit einer Einwohnerdichte von nur 71 EW/km² rangiert das Bundesland auf dem letzten Platz im bundesdeutschen Vergleich. Von 1991 bis 2010 hat Mecklenburg-Vorpommern ca. 250.000 Einwohner (- 13,2%) verloren, was einerseits auf das negative Wanderungssaldo (z.B. 2010: - 3.630 Menschen) und andererseits auf die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung (z.B. 2010: -5.401 Menschen) zurück zu führen ist. Darüber hinaus hat sich der Anteil der Menschen, welche 60 Jahre und älter sind von 15,7% (1990) auf 27,7% (2010) erhöht.¹

Zweifelsohne ist diese Entwicklung auf multikausale Entwicklungen zurück zu führen, wobei an dieser Stelle nur auszugsweise zwei wichtige angesprochen werden können:

Aus wirtschaftlicher Sicht ist die Entleerung des Ländlichen Raumes (welcher besonders von den oben genannten bevölkerungsgeographischen Problemen betroffen ist) auf die mangelnde Ausgestaltung der Landwirtschaftsstruktur zurück zu führen, denn Mecklenburg-Vorpommern besitzt im primären Sektor deutschlandweit die geringste Flächenproduktivität und die geringste Personalintensivität. Es bedeutet, dass Großbetriebsstrukturen dominieren, die vor allem für die ländliche Bevölkerung keine/kaum noch Erwerbsmöglichkeiten bieten. Die regionalen Effekte der Landwirtschaft sind nur noch marginal.² Problematisch ist an dieser Stelle die horrende Subventionierung der (vor allem in Ostdeutschland) ansässigen Großbetriebe durch EU-Gelder, die eine Struktur begünstigt, welche die ländliche Bevölkerung eindeutig benachteiligt – ganz abgesehen von den fatalen ökologischen Folgen der Monokulturen.³

Aus raumplanerischer Sicht ist die ineffiziente Gemeindestruktur ein deutlicher Hemmschuh für eine angemessene Regionalpolitik, um dem demographischen Wandel entgegen zu wirken. Mecklenburg-Vorpommern besitzt 806 Gemeinden (zum Vergleich: Schweden hat weniger als 300). In Skandinavien sind die Gemeinden wesentlich größer zugeschnitten. Sie sind damit finanzstärker und handlungsfähiger (in Schweden tätigen die Gemeinden 47,9% (2009) der gesamten Staatsausgaben – in Deutschland nur 16,4%) und bieten daher manche Dienstleistungen (z.B. Bildung und Gesundheit) aus einer eigenen Hand an.⁴ Im Gegensatz dazu sind etliche kleine Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Freizeitbürgermeister ausgestattet, der einerseits wenige finanzielle Spielräume zur Anschubfinanzierung von EU-Projekten besitzt. Zweitens können diese Strukturen unmöglich gegen die hochgradig organisierte Planungskompetenz einer Großstadt, wie z.B. Rostock, konkurrieren.

Der demographische Wandel ist vor allem ein hausgemachtes Problem (z.B. liegt im noch viel dünner besiedelten Skandinavien die Fertilitätsrate fast auf Reproduktionsniveau), welches man selbstverständlich den aktuellen Herausforderungen anpassen sollte, um Lösungsstrategien zu entwickeln. Darüber hinaus ist es aber auch absolut nötig den geographischen Weitblick nicht zu verlieren, um grundsätzliche Strukturanpassungsmaßnahmen vornehmen zu können.

Christian Bülow

Institut für Geographie und Geologie Universität Greifswald

Mitglied im Forschungskonsortium „Ländlicher Raum“

christian.buelow@uni-greifswald.de

¹ Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2011: S 26, 43 (teilweise eigene Berechnungen)

² Klüter, Helmut (2010): Das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft, Agrarindustrie und Tourismus, in: Michael Beileites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringsdorf, Robert Grünbaum (eds.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute, Berlin, S 133-157

³ Siehe dazu diverse Beiträge in: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag (Hrsg.) (2011): Umbrüche auf märkischem Sand – Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit – Entwicklungen, Risiken, Perspektiven, oekom, München

⁴ Siehe dazu:

http://m.bmf.gv.at/Budget/BesondereBudgetthemen/Finanzbeziehungenzu_658/5361/StudienzurReformdes_11884/Gemeindestruktur_und_Gemeindekooperation%281%29.pdf

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Peter Dehne, Hochschule Neubrandenburg***Gleichwertige Lebensbedingungen in peripheren Regionen,
Vision oder Illusion?**

Die Zustandsbeschreibungen und Szenarien von und für periphere, ländliche Regionen in Deutschland sind hinlänglich bekannt. Die gebräuchlichen Indikatoren für Entwicklung, Wachstum und Schrumpfung haben sich zwischen den Metropolen und den ländlichen „Problemräumen“ in den letzten Jahren immer mehr auseinanderentwickelt. Es ist davon auszugehen, dass die Schere auch in den nächsten Jahren noch weiter aufgehen wird. Die Lage scheint eindeutig: die Lebensbedingungen in einem Dorf in Vorpommern und in München sind definitiv nicht gleich und auch nicht gleichwertig. Und es gibt keine Anzeichen, dass sie in der Zukunft gleichwertig sein werden. Andererseits: Viele Menschen im ländlichen Raum wohnen dort gerne – obwohl die Rahmenbedingungen schlechter werden - haben sich in der Peripherie eingerichtet, sind hinlänglich zufrieden und es gibt Menschen, die gerade die Qualitäten der Peripherie suchen und schätzen. Die objektiven Indikatoren für Gleichwertigkeit können gar nicht die individuelle Zufriedenheit des Einzelnen widerspiegeln. Sie können sogar, wie im Fall der Regions-Rankings, negativ auf das Wohlbefinden zurückwirken, zu Stigmatisierung führen und die Bedingungen verschlechtern. Ist das Leitbild der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“, das ja auch auf den Vergleich ausgerichtet ist, nicht eher hinderlich für eine Diskussion über Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen in einer Region? Können die Lebensbedingungen nicht immer nur so gut sein, wie es die Möglichkeiten, Potenziale und Ressourcen des Raumes hergeben? Und die sind in einer Großstadt anders als in der Tiefe des ländlichen Raums. Alles andere wäre nicht nachhaltig. Offen ist auch, auf welche räumliche Ebene sich gleichwertige Lebensbedingungen beziehen. Geht es hier um das einzelne Dorf – das funktioniert sicher nicht – oder geht es um die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in einem Landkreis oder einer größeren Region.

All das führt zu der Frage, ob der Leitbegriff „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ für die Raumentwicklung in Deutschland noch der Richtige ist. Der Beitrag löst sich daher von der ursprünglichen Fragestellung, ob wir gleichwertige Lebensbedingungen in den peripheren, ländlichen Regionen haben bzw. haben können. Er begibt sich vielmehr aus der Perspektive der Peripherie auf die Suche nach einer Neuinterpretation oder besser nach neuen (alten) Leitbildern und anderen übergeordneten Begriffen für die Raumentwicklung und das Verhältnis von Teilräumen und dem Gesamtraum.

Prof. Dr. Peter Dehne
Hochschule Neubrandenburg
dehne@hs-nb.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Tobias Federwisch, iq consult GmbH Berlin

Neue Soziale Ökonomie in Deutschland. Potenziale für den ländlichen Raum.

Viele strukturschwache und peripher gelegene ländliche Räume sind geprägt durch eine wechselseitige Verstärkung von wirtschaftlichen und demografischen Problemen. So reicht die Dynamik der ländlichen Wirtschaft häufig nicht aus, um eine hinreichende Anzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen pendeln viele Menschen mit erheblichen Zeitverlusten zwischen ihren Wohnorten im ländlichen Raum und ihrem Arbeitsort im verstädterten Raum. Mehr noch: Vor allem junge und gut qualifizierte Menschen verlassen die ländlichen Räume dauerhaft – zurück bleiben ältere Menschen und viele jener jungen Menschen, die weniger gut qualifiziert sind.

Der demografische Wandel mitsamt der damit verbundenen Schrumpfung der Bevölkerung verschärft die Situation: So wird es in vielen ländlichen Räumen zusehends unrentabler, die Nahversorgung mit Lebensmitteln, die Grundversorgung mit Dienstleistungen oder die Gefahrenabwehr sicherzustellen. Demgegenüber fordert eine kontinuierlich älter werdende Bevölkerung ein dichtes Netz an Versorgungseinrichtungen, die über die öffentlichen Haushalte jedoch kaum noch finanziert werden können. In der Folge wird eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die nicht nur die derzeitige Daseinsvorsorge, sondern vor allem die Attraktivität und langfristige Entwicklung des Landes gefährdet.

Bedauerlicherweise ist trotz einer intensiven Förderpolitik keine Wende in den oben dargestellten Entwicklungen erkennbar. So ist es bisher nur unzureichend gelungen, die wirtschaftliche Dynamik von peripher gelegenen ländlichen Räumen anzukurbeln, maßgebliche Beschäftigungseffekte für die ländliche Bevölkerung zu entfalten oder nachhaltige Antworten auf den demographischen Wandel zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund setzt sich immer mehr die Einsicht durch, wirtschaftliche und demographische Herausforderungen mit unternehmerischen Mitteln zu lösen. In der Folge lassen sich zahlreiche **sozialunternehmerische Initiativen** beobachten, deren Protagonisten gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und Veränderungsprozesse initiieren wollen.

Der Vortrag setzt sich mit den jüngsten sozialunternehmerischen Entwicklungen in Deutschland auseinander und fragt nach konkreten Maßnahmen zur Unterstützung sozialunternehmerischer Initiativen im ländlichen Raum. Zu diesem Zweck wird zunächst auf die Hintergründe und den gesellschaftlichen Mehrwert sozialunternehmerischen Handels in Deutschland eingegangen. Im zweiten Schritt wird das Projekt „entersocial“ vorgestellt, mit dem erstmalig sozialunternehmerische Initiativen in strukturschwachen und peripher gelegenen ländlichen Räumen unterstützt werden können. Im dritten Schritt wird das Projekt „entersocial-Dorfkümmerer“ thematisiert, wodurch ein sozialunternehmerischer Bewusstseinswandel eingeleitet und konkrete Aktivitäten angestoßen wurden.

Dr. Tobias Federwisch
iq consult GmbH Berlin
federwisch@iq-consult.com

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Peter Foißner, NH ProjektStadt

Sind die Ränder der Ballungsräume die Verlierer? - Lorch am Rhein im Spannungsfeld zwischen demographischem Wandel und Aufrechterhaltung der Infrastruktur

Der demographische Wandel schreitet in Deutschland in unterschiedlichem Maße voran: Schrumpfräumen stehen Stagnations- und Wachstumsräume gegenüber. Südhessen mit der wirtschaftlich prosperierenden Rhein-Main-Region zählt zu den Wachstumsregionen. Gleichwohl zeichnen sich an den Rändern der Ballungsräume Schrumpftendenzen ab, die die dort liegenden Kommunen hart treffen können, existiert doch – anders als bei den „klassischen“ Schrumpfungsräumen - weder bei der Bevölkerung noch bei den Behörden ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür. Zu lange hat man sich als (peripherer) Teil einer Wachstumsregion wahrgenommen.

Beispielhaft mag dafür die Stadt Lorch im Rheingau stehen, die über viele Kennzeichen eines strukturschwachen Gebiets verfügt. Lorch ist die westlichste Stadt in der Region Südhessen an der Grenze zu Rheinland-Pfalz im engen Mittelrheintal gelegen. Die Entfernung in die Oberzentren Wiesbaden und Koblenz beträgt rund 40 km, das Mittelzentrum Rüdesheim ist ca. 15 km entfernt. Lorch verfügt über fünf Ortsteile am Rhein und in den Taunushöhen, deren größte Entfernung zueinander 16 km beträgt. Die Bevölkerungsentwicklung und die Beschäftigtenentwicklung verlaufen seit Jahren negativ. Seit 1990 ist die Einwohnerzahl um 18% gefallen und liegt derzeit bei 3.789 Einwohnern. Die Beschäftigtenentwicklung ist seit 1990 um 41% zurück gegangen. Die Gründe dafür liegen im Abzug der Bundeswehr in Lorch sowie der Schließung von in der Region Rheingau liegenden produzierenden Unternehmen. Auspendler- und Wegzugstendenzen, vor allem Richtung Wiesbaden und Frankfurt, werden somit verstärkt, Wohnraumlückstände werden sichtbar. Dies spielt auch eine Rolle für die Grundversorgung mit Handel und Dienstleistungen, die zwar in Lorch ein Potential haben, sich aufgrund der vielen höherrangigen Zentren aber eher dort als in Lorch ansiedeln.

Für die Infrastruktur zeichnen sich mehrere Problemfelder ab. Der Erwartung der Bevölkerung nach Grundversorgung steht das wirtschaftliche Betreiben von Ver- und Entsorgungseinrichtungen durch die Kommune gegenüber. Exemplarisch ist dies derzeit an drei Projekten ablesbar. Um für die örtliche Bürgerschaft und die Vereine eine Versammlungsstätte zur Verfügung zu stellen, hat die Stadt Lorch das Kolpinghaus übernommen, da der bisherige Eigentümer nicht mehr in der Lage ist, das Gebäude zu bewirtschaften. Das Gebäude wird mit Städtebaufördermitteln saniert, um es dauerhaft nutzen zu können. Parallel dazu wird das leer stehende historische Hilchenhaus mit Mitteln aus dem Welterbe-Sonderprogramm saniert, um der Bevölkerung ihr Wahrzeichen zurückzugeben und einen Anziehungspunkt für Touristen zu schaffen. Schließlich wird derzeit die Schließung einer Kindertagesstätte mit 12 Kindern in einem Ortsteil diskutiert. Mindestgröße für das Betreiben der Einrichtung sind 15 Kinder. Die Eltern protestieren öffentlich für den Erhalt und haben die Unterstützung derjenigen, die sich auch öffentlich für die vorgenannten Baumaßnahmen eingesetzt haben. Andererseits hat sich die finanzielle Lage der Stadt verschärft. Die Stellung der Eigenanteile für die Förderprogramme ist ein Kraftakt und die Stadt hat einen Antrag für den kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen gestellt, wodurch ein Teil der Schulden erlassen wird, aber bis 2020 ein ausgeglichener Haushalt vorzulegen ist, so dass weitere Einsparungen zu erwarten sind.

Handlungsansätze liegen zuerst in der Bewusstseinsbildung und sodann in Maßnahmen, wie der räumlichen Konzentration von Einrichtungen (z.B. Kita) in der Kernstadt sowie vermehrt in der interkommunalen Zusammenarbeit (z.B. über den Zweckverband Rheingau).

Dipl.Geogr. Peter Foißner
Projektleiter Stadtentwicklung, NH ProjektStadt
peter.foissner@nh-projektstadt.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Monika Fontaine-Kretschmer, NH ProjektStadt

Demographischer Wandel im Spannungsfeld der Kommunalpolitik: neue Prioritäten bei kommunalen Aufgaben? Handlungsfelder, in denen sich die Konflikte zwischen kommunalen/regionalen Versorgungszielen und demographischer Entwicklung schon heute zeigen

Aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes bemühen sich viele Kommunen seit Jahrzehnten, gleichwertige Lebensverhältnisse für ihre Bürger sicherzustellen. Bedingt durch die Größe zahlreicher Städte und Gemeinden und damit auch ihrer Finanzkraft ist dieses Ziel in der Zukunft kaum noch zu erreichen. Wegbrechende Steuereinnahmen einerseits, aber auch die Tatsache, dass man viele Jahre „über seine Verhältnisse gelebt“ und insbesondere das Thema „Folgekosten“ bei der Ausrichtung der eigenen Infrastruktur in keiner Weise berücksichtigt hat, sind andererseits Verursacher der Misere. Immer neue Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen – zumeist nicht multifunktional sondern nur eindimensional nutzbar -, neue Grün- und Verkehrsflächen, neue Bau- und Gewerbegebiete mit kreditfinanziertem Grunderwerb und kostspielig vorzufinanzierender Infrastruktur sind so landauf/landab entstanden.

Da diese Ausstattung und ihr laufender Betrieb heute nicht mehr finanzierbar sind, kommen Kommunen nicht umhin, mit ihren Bürgern gemeinsam Prioritäten in der örtlichen Versorgung zu definieren. Voraussetzung dafür ist zum einen eine Kostentransparenz der öffentlichen Einrichtungen, zum anderen aber auch eine gute Koordination und Moderation der Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements. Wertigkeiten in der Versorgung und im Zusammenleben müssen gemeinsam neu justiert werden: Bibliothek oder Ladengeschäft, Schwimmbad oder Arztpraxis. Die Kommune wird erkennen, dass es neuer Formen der Kooperation bedarf, um den sich wandelnden Ansprüchen ihrer Bürger zu genügen. Neue Absprachen mit dem Einzelhandel (Hol- und Bringdienste) und der lokalen Wirtschaft sowie innovative Konzepte im medizinischen und sozialen Bereich und in der Bewirtschaftung kommunaler Immobilien (Kompetenzzentrum Bürgerhäuser, Nassauische Heimstätte/Technische Universität Darmstadt) sind gefragt.

Ein weiterer wesentlicher Faktor, der zur Kostenreduktion beitragen kann, ist die interkommunale Zusammenarbeit, die allerdings eine ernst gemeinte politische Willensbildung der Kommunen voraussetzt. Bessere Auslastung der Infrastruktur, Verteilung der Kosten auf mehreren Schultern und nicht zuletzt attraktivere Angebote können so für größere Gebiete positive Akzente setzen. Gerade in Zeiten globaler Verfügbarkeit von Informationen sollte man versuchen, dies für den ländlichen Raum zu nutzen. Positives Marketing ist gefragt, da der „Kampf“ um die Einwohner längst begonnen hat. Darüber hinaus muss es oberste Priorität haben, Arbeitsplätze in solchen Gewerbe- und Dienstleistungsbereichen anzusiedeln, die gerade auch junge Menschen in diesen Regionen hält oder sie als Zielgruppe für diese Gebiete interessiert (Computer-/Internetdienste). Das Vermarkten von Lebensqualität im ländlichen Umfeld ist dabei Pflichtaufgabe für die Politik. Nur das Thema „Tourismus“ zu bespielen wird nicht ausreichen, der Landflucht zu begegnen. Dafür ist Deutschland – leider?- an zu vielen Stellen einfach zu schön.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Ehrlichkeit der verantwortlichen Mandatsträger im Hinblick auf die Situation der kommunalen Haushalte. Nur wer mit seinen Bürgern offen darüber diskutiert, dass man für ÖPNV, Stadthalle, Schwimmbad, Feuerwehr, Rathaus, Kindergarten, Spiel- und Sportplätze, Friedhöfe, Parkplätze nur ein gewisses Budget zu Verfügung hat, kann Veränderungen erwarten und die Schließung mancher Einrichtungen im Vorfeld vermitteln. Vielfach – gerade in kleinen Gemeinden – ist das bürgerschaftliche Engagement für den Erhalt des Gemeinlebens nicht mehr wegzudenken. Jedoch haben wir auch hier noch nicht alle Ressourcen ausgeschöpft (siehe Volunteers im angelsächsischen Raum, Schoolbus in den USA etc).

Dipl.Geogr., Monika Fontaine-Kretschmer
Fachbereichsleiterin Stadtentwicklung, NH ProjektStadt
Monika.Fontaine@naheimst.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Bernd Wolfgang Hawel, stadt & land GmbH Fleckeby***Mobilität und ÖPNV im ländlichen Raum – Stiefkind der Daseinsvorsorge**

Warum dieses Thema ? Weil hier die Versorgungsziele schon seit langem (schon immer ?) verfehlt wurden – weil dieser Konflikt durch den demografischen Wandel noch verschärft wird – weil „ÖPNV im ländlichen Raum“ ein klassisches Beispiel dafür ist, wie etwas, das gesellschaftlich (vielleicht ?) erwünscht ist, nicht funktioniert, weil zu wenig Leute da sind. Wo aber „gleichwertige Lebensbedingungen“ noch nicht einmal hergestellt waren, ist deren „Sicherung“: nur ein Witz.

Es gibt in Deutschland nicht den ländlichen Raum: unterschiedliche ländliche Räume = unterschiedliche Mobilitätsbedingungen und unterschiedliche Lebens- und Mobilitätsstile – dementsprechend sehr unterschiedliche Problemlagen und Handlungsbedarfe

Besonders betroffene Gruppen: Senioren – Jugendliche ohne Führerschein – Familien / Mütter („Mama-Taxi“); demographische Veränderungstrends im Verkehrsverhalten

Fortgesetzte Abwärtsspirale im ÖPNV: Weniger Nachfrage (selbst-mobile Senioren, abnehmender / disperser Schülerverkehr mit ungeeignetem Angebot für übrige Nutzergruppen) – nicht mehr bezahlbare Angebote – Reduzierung /Einstellung von Verkehren – Restverkehre = Alibifunktion – seltene (weil teure) Umsetzung attraktiver Alternativmodelle (z.B. Rufbus) – kaum „kreative Konsequenzen“ bei Aufgabenträgern (Kreisen)

Haben wir ein „Luxusproblem“ ?

- „Akademische“ Debatte unter Wissenschaftlern, Fachleuten und Aktivisten seit mind. 30 Jahren fast unverändert die selbe – mit immer gleichen, wenig neuen „Lösungsvorschlägen“, ohne dass vor Ort wirklich etwas passiert (... warum ist das so ?)
- Ländlicher Verkehr spielt im öffentlichen Diskurs / Medienecho (fast) keine Rolle (außer z.B: Benzinpreis/Pendlerpauschale, Tariferhöhungen, liegengebliebene Züge, ...); viele Entscheidungsträger im Ländlichen Raum haben noch nie einen Fuß in Bus oder Bahn gesetzt.
- „... funktioniert doch alles eigentlich ganz gut !“ Kaum einer beschwert sich, alles regelt sich „irgendwie“ durch soziale Netze / Nachbarschaftshilfe auf dem Dorf (so schon BRACHER/ HEINZE 1985)

Wie soll man reagieren ? – 3 Positionen:

1. „An Daseinsvorsorge nicht rütteln“
2. „Daseinsvorsorge heißt nicht Dortseinsvorsorge“
3. „von konventionellen Lösungen verabschieden: Subjekt- statt Objektförderung“

Konzepte / Good Practices – vom Gewährleistungsstaat zum zivilgesellschaftlichen Engagement:

- selbstorganisierte Mobilität stand im ländlichen Raum schon immer hoch im Kurs (Nachbarschaftshilfe, Mitnahme, Auto verleihen, ...)
- Bürgerbusse (Linienverkehre in staatlich gestellter „Hülle“ mit ehrenamtlichen FahrerInnen und vor Ort organisiertem bedarfsorientierten Fahrplan) haben steigende Konjunktur – in manchen Landstrichen – in anderen gar nicht (... warum ?)
- Neue Technologien (Smartphones, Fahrten-Vermittlungsportale in Echtzeit) lassen völlig neue Organisation von Mobilität unterhalb der staatlichen Interventionsebene erwarten – Perspektive für Subjektförderung ?

Dipl.-Geogr. Bernd Wolfgang Hawel
Stadtplaner SRL, stadt & land GmbH Fleckeby
mail@stadt-u-land.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Mario Hesse, André Grüttner; Universität Leipzig

Einfluss des demografischen Wandels auf die Kommunal Finanzen und das Instrument des Demografieansatzes im Kommunalen Finanzausgleich

Der Einfluss des demografischen Wandels auf den Umfang und Qualität der öffentlichen Leistungserbringung von Bund, Ländern und Gemeinden ist Gegenstand einer breiten Forschungstätigkeit. Für die öffentliche Hand stellt sich insbesondere die Frage, wie den daraus resultierenden Herausforderungen durch geeignete Steuerungsinstrumente begegnet werden kann.

Der Vortrag soll in seinem ersten Teil darstellen, wie sich schon heute Veränderungen der Einwohnerzahl und der Altersstruktur auf die Finanzen der Kommunen darstellen. Dabei wurden kommunale Paneldaten aus dem Land Hessen für die Jahre 2005 bis 2010 empirisch untersucht. In diesem Zeitraum schrumpfte die Einwohnerzahl Hessens erstmals seit Gründung der BRD. Es zeigt sich, dass bereits in diesem relativ kurzen Zeitrahmen erwartbare und unerwartete Effekte auftreten. Kostenremanenzen zeigen, sich in ausgewählten aber längst nicht allen in diesem Zusammenhang vermuteten kommunalen Aufgabenbereichen. Gerade im Bereich der jugendlastigen Aufgaben sind deutliche Steigerungen der finanziellen Belastungen festzustellen, während Mehrkosten für die Alterung der Gesellschaft für die hessischen Kommunen bisher kaum nachweisbar erscheinen.

Eine Möglichkeit, die Schrumpfung der Einwohnerzahlen finanziell abzufedern ist die Einrichtung von Demografieansätzen im Kommunalen Finanzausgleich. Dieser ist ein wichtiges Finanzierungsinstrument für die Städte, Gemeinden und Landkreise – insbesondere für diejenigen mit einer unterdurchschnittlichen Steuer- bzw. Umlagekraft. Einige Länder, wie Bayern und Brandenburg, haben bereits Ansätze implementiert, welche die negativen finanziellen Folgen eines Rückgangs der Einwohnerzahl abfedern sollen. Im Vortrag wird gezeigt, wie solche Ansätze funktionieren, ob sie sachgerechte Wirkungen entfalten und ob möglicherweise eine Fehlallokation von Zuweisungsmitteln resultieren kann. Des Weiteren soll die Frage erörtert werden, ob durch die finanzielle Förderung schrumpfender Kommunen genügend Anreize für selbst gesteuerte Anpassungsaktivitäten verbleiben.

Die Resultate speisen sich aus der Gutachtertätigkeit der beiden Autoren für die Länder Brandenburg und Hessen im Zusammenhang mit ihren Kommunalen Finanzausgleichssystemen. Die vorgestellten Daten weisen daher eine hohe Aktualität und die vorgestellten Ansätze und Abwägungen einen engen Bezug zur Praxis auf.

Dipl.-Vw./Dipl.-Kfm. Mario Hesse

Institut für öffentliche Finanzen und Public Management, Finanzwissenschaft

Universität Leipzig

hesse@wifa.uni-leipzig.de

Dipl.-Geograph/ Dipl.-Ing. André Grüttner

Institut für öffentliche Finanzen und Public Management, Finanzwissenschaft

Universität Leipzig

gruettner@wifa.uni-leipzig.de

Micha Kronibus, TU Kaiserslautern

Mittelstädte als Stabilisatoren ländlich-peripherer Räume

Im Rahmen des Referates geht es um die Vorstellung eines aktuellen Dissertationsvorhabens, dessen Ziel in einer Untersuchung der Stabilisierungsfunktion von Mittelstädten in und für ländlich-periphere Räume sowie derer Aufrechterhaltung unter dem Einfluss der Wirkungen des sozio-ökonomischen Strukturwandels besteht.

In ländlich-peripheren Räumen gelten Mittelstädte⁵ aus raumwissenschaftlicher und raumordnungspolitischer Sicht, aufgrund ihrer Funktion als regionale Wohn-, Arbeitsmarkt- und Versorgungsschwerpunkte, als Stabilisatoren der regionalen Versorgung. Nach GREIVING sind sie das „Rückgrat der Daseinsvorsorge“ und Träger ländlicher Entwicklungsdynamik,⁶ entsprechend der „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ der MKRO sind sie regionale Bezugspunkte zur Stärkung ländlicher Räume. Die Entwicklungsperspektiven von Mittelstädten in ländlich-peripheren Räumen spielen demnach eine zentrale Rolle hinsichtlich der Beantwortung der Frage, inwieweit eine flächenhafte Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen nach heutigen und künftigen Anforderungen dauerhaft möglich ist.

Besagte Bedeutung als regionale Stabilisatoren erhöht sich unter den Rahmenbedingungen aktuell ablaufender Prozesse demographischen und ökonomischen Wandels und eines sich im Zuge der Globalisierung intensivierenden, lokalen und regionalen Standortwettbewerbs, die in ländlich-peripheren Räumen verbreitet ausgeprägte Schrumpfs- und Abkopplungstendenzen nach sich ziehen. Gleichzeitig jedoch sind gerade die in diesen Räumen gelegenen Mittelstädte von den Prozessen häufig vergleichsweise stark betroffen und aufgrund der verbreiteten Kombination eingeschränkter Erreichbarkeit, demographischer Überalterung, infrastrukturellem Anpassungsdruck und wirtschaftlicher Strukturschwäche in einer Abwärtsspirale befindlich. So erlebten 150 von 209 Mittelstädten in ländlichen Räumen bereits im Zeitraum 2002-2007 erhebliche Bevölkerungsrückgänge von bis zu -15%, 142 im gleichen Zeitraum Beschäftigungsrückgänge von bis zu -26%. Die immer bedeutsamere Stabilisierungsfunktion von Mittelstädten für ihr ländlich-peripheres Umland steht demnach in Frage, was perspektivisch die Gefahr einer Verstärkung teilträumlicher Ungleichheiten birgt.

Dieser Problematik widmet sich das vorgestellte Dissertationsvorhaben. Aufbauend auf einer Betrachtung der grundsätzlichen Ausgangssituation und Entwicklungstendenzen von Mittelstädten in ländlich-peripheren Räumen erfolgt eine fallstudiengestützte, empirische Untersuchung, in welchen Bereichen und inwieweit von einer Stabilisierungsfunktion der Mittelstädte für das ländlich-periphere Umland gesprochen werden kann. Weiterhin wird analysiert, welche Wirkungen der sozio-ökonomischen Wandelprozesse auf diese Stabilisierungsfunktion ablesbar sind und sich perspektivisch noch ergeben. Darauf aufbauend folgt eine Ableitung von Handlungserfordernissen für die kommunale, interkommunale und regionale Ebene hinsichtlich der Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und die Formulierung von Handlungsstrategien, wie die Stabilisierungsfunktion von Mittelstädten in ländlich-peripheren Räumen unter Stagnations- und Schrumpfsbedingungen zukünftig aufrechterhalten werden kann.

Im Rahmen des Beitrags erfolgt eine Darstellung der aktuellen Situation von Mittelstädten in ländlich-peripheren Räumen, ihre Bedeutung für die Stabilisierung dieser Räume sowie ein Ausblick auf die für das Jahr 2013 geplanten Fallstudien.

Dipl.-Ing. Micha Kronibus
TU Kaiserslautern, Fachbereich Raum- und Umweltplanung,
Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung
micha.kronibus@ru.uni-kl.de

⁵ Gemäß Definition des BBSR umfasst die Kategorie der Mittelstadt Ober- und Mittelzentren städtischer und gemischter Prägung mit i. d. R. 20.000-100.000 Einwohnern.

⁶ Vgl. Greiving, Stefan (2011): Mittelstädte im ländlichen Raum; Baumgart, Sabine; Overhageböck, Nina; Rüdiger, Andrea (Hrsg.): Eigenart als Chance? Strategische Positionierungen von Mittelstädten, Berlin, S. 33.

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Claudia Neu, Hochschule Niederrhein Mönchengladbach**Martina Wegner, Hochschule für angewandte Wissenschaften München***Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – die letzte Rettung?**

Ländliche Räume stehen vor großen Herausforderungen, die so vielfältig sind wie die jeweiligen Bedingungen vor Ort. Pflege, Kinderbetreuung, Wohnen im Alter, Schließung von kommunalen Einrichtungen gehören zu den gängigen Themen. Aber insbesondere Kommunen mit hohem Wegzug, stark alternder Bevölkerung und schwacher industrieller bzw. touristischer Struktur stehen vor schier unlöslichen Aufgaben, die sich auf die gesamte kommunale Infrastruktur beziehen. Häufig mangelt es nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern auch an guten Konzepten. Zudem fehlt oft der Mut, aus verfestigten politischen Strukturen auszubrechen, um innovative Lösungen in Angriff zu nehmen.

Zugegebenermaßen, es ist nicht leicht, die Krise als Chance zu sehen. Doch andererseits stehen die Chancen gut, jetzt nicht in erfolglosen Anpassungsversuchen stecken zu bleiben, sondern innovative Lösungen zu suchen und ein neues Miteinander zwischen Staat, Markt und Bürgern zu wagen. Volksbegehren, Communal Gardens oder moderne Dorfläden zeigen, Bürgerinnen und Bürger interessieren sich für ihren Nahraum und sind bereit sich dort zu engagieren. Doch Mitwirkung braucht neue Formen jenseits der bisher üblichen Beteiligungsverfahren bei Bauvorhaben. Es geht um Mitentscheiden und Verantwortungsübernahme in der eigenen Gemeinde. In Deutschland fällt dies jedoch besonders schwer, da einerseits Bürgerschaftliches Engagement lange als Privatangelegenheit betrachtet wurde, zugleich stark auf „Sport, Spiel und Entspannung“ fokussiert ist, andererseits kaum eingeübte Modi der kommunalen Mitwirkung jenseits der üblichen Verfahrensbeteiligung bestehen. Denn traditionell werden öffentliche Dienstleistungen von Kommunen und mittlerweile auch von privaten Anbietern bereitgestellt – nicht aber von Bürgern.

Seit geraumer Zeit lässt sich jedoch ein Paradigmenwechsel beobachten: Das klassische bürgerschaftliche Engagement erfährt eine politisch motivierte Ausweitung in Richtung familiärer Sorgearbeit (Pflege, Betreuung von Demenzkranken) sowie in Richtung öffentlicher Aufgaben (Bürgerbusse). Mithin geht es um ein neues Verständnis von Gesellschaft und gesellschaftlicher Verantwortung in ländlichen Räumen, die bereits heute Test- und Pionierfeld für den Strukturwandel und neue Formen bürgerlicher Mitwirkung sind.

Der Vortrag wird der Frage nachgehen, wo Bürgerinnen und Bürger weiterhin die öffentliche Hand zur Erstellung daseinsvorsorgender Infrastruktur in der Pflicht sieht, wo aber auch private Dienstleister oder Bürger in Eigenregie Leistungen anbieten sollten oder können. Zu unterscheiden ist die Verantwortungsstruktur (wer soll die Daseinsvorsorgeleistung erbringen?) jedoch von der konkreten Bedarfsstruktur, die die jeweiligen Bedarfe an Infrastruktur vor Ort widerspiegelt. Der Blickrichtung des Vortrages richtet sich mithin auf das neue Zusammenspiel von Staatlichkeit, Unternehmertum und engagierter Bürgergesellschaft.

Prof. Dr. Claudia Neu
Hochschule Niederrhein Mönchengladbach
claudia.neu@hs-niederrhein.de

Prof. Dr. Martina Wegner
Hochschule für angewandte Wissenschaften München
Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften
martina.wegner@hm.edu

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Sibylle Maringer, Sophie Schetke, Prof. Dr.-Ing. Theo Kötter Universität Bonn
**Sicherung von Siedlungs- und Infrastrukturen in ländlichen Gemeinden -
Erfahrungen aus der Praxis“****Einleitung**

In den letzten Jahren treten im ländlichen Raum Nordrhein-Westfalens zunehmend Schrumpfungsprozesse durch demographischen Wandel, Abwanderung und Arbeitsplatzverlusten zutage. Dies führt in den ländlichen Gemeinden zu einer Zunahme von leer stehenden und untergenutzten Gebäuden. Zeitgleich ist die Tragfähigkeit der Daseinsvorsorgeeinrichtungen gefährdet. Diesen Prozessen gilt es zu begegnen und einer Verödung der Ortskerne entgegenzuwirken.

Das Modellprojekt „ Leerstandsmonitoring und Daseinsvorsorge in Dahlem/ Hellenthal“

Die Universität Bonn, Professur für Städtebau und Bodenordnung bearbeitet aktuell mit den beiden Nachbarkommunen Dahlem und Hellenthal in der Nordeifel ein Forschungsprojekt zum Thema Leerstandsmonitoring und Sicherung der Daseinsvorsorge. Da beide Gemeinden unter vergleichbaren Schrumpfungsprozessen leiden und in unmittelbarer Nähe zueinander liegen, haben sich beide dazu entschlossen, im Zuge des Modellprojektes „ Leerstandsmonitoring und Daseinsvorsorge in Dahlem/Hellenthal“ die zukünftige Gemeindeentwicklung gemeinsam anzugehen. Eine besondere Herausforderung ist neben dem Schrumpfungsprozess in beiden Gemeinden und den damit verbundenen Tragfähigkeitsproblemen der sozialen Infrastruktur die sinkenden Einwohnerzahlen und eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Hier treten deutlich neue Anforderungen hinsichtlich Mobilität, Nahversorgung sowie medizinische Versorgung zu tage. Die Gemeinde Dahlem hat mit 4.116 EW (2010) die geringste Einwohnerzahl und mit 43 EW/qkm die geringste Bevölkerungsdichte aller Gemeinden in NRW hat. Die Nachbargemeinde Hellenthal besteht aus 61 Ortsteilen und ist als typische Flächengemeinde somit durch eine weite Verteilung der Bevölkerung und geringe Einwohnerdichten gekennzeichnet.

Durch die aktive interkommunale Zusammenarbeit wird ein integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept mit Schwerpunkten und Strategien zur Aktivierung des Gebäudeleerstandes sowie der Erhaltung und Aufwertung der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erarbeitet, um die Folgen des demographischen Wandels zu bewältigen.

Darstellung von ersten Ergebnissen

Im Rahmen des Forschungsprojektes findet seit Sommer 2011 ein regelmäßiger und intensiver Austausch zwischen den Gemeinden statt, indem in monatlichen Arbeitskreissitzungen die interkommunale Kooperation gestärkt wird. Schwerpunkte sind hierbei die Erstellung eines interkommunalen Leerstandsmanagements sowie die mögliche Ausweisung von Sanierungsgebieten in beiden Ortskernen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherung der medizinischen Versorgung durch ein gemeinsames Managementkonzept. Durch kooperative Versorgungsstrukturen soll ein interkommunales medizinisches Netzwerk entstehen. Nicht nur Gemeindevertreter, Politik und Kreisverwaltung wurden für die genannten Themen sensibilisiert, sondern auch die Bürger und Bewohner vor Ort. Eine Bewusstseinsbildung erfolgte durch Bürgerversammlungen, Bürgersprechstunden, die Presse, Befragungen sowie persönliche Gespräche mit Mietern und Eigentümern.

Dipl.-Geogr. Sibylle Maringer
Dr.-Ing. Sophie Schetke
Prof. Dr.-Ing. Theo Kötter Professur für Städtebau und Bodenordnung
Institut für Geodäsie und Geoinformation
Universität Bonn

maringer@igg.uni-bonn.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

**Carola Schmidt, Geschäftsstelle Regionaler Planungsverband Vorpommern
Sicherung der medizinischen Versorgung in Vorpommern – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten**

Die Planungsregion Vorpommern ist durch große strukturelle Unterschiede gekennzeichnet, die sich auch in der medizinischen Versorgung einzelner Teilräume widerspiegeln. Der demographische Wandel stellt die Planungsregion Vorpommern vor große Herausforderungen hinsichtlich der Sicherung der medizinischen Grundversorgung. Der Regionale Planungsverband sieht seine Aufgabe vor allem in der Sensibilisierung seiner Mitglieder für absehbare Entwicklungen und im Ausloten von Handlungsmöglichkeiten. Er sucht den Dialog zu den für die medizinische Versorgung verantwortlichen Akteuren und agiert im Interesse der regionalen Entwicklung im politischen Raum. Der Planungsverband hat für sein Verbandsgebiet eine Expertise zur aktuellen Situation und zu Entwicklungsperspektiven der medizinischen Versorgung erarbeiten lassen. Auf der Grundlage dieser Expertise wurde für die Planungsregion Vorpommern ein Leitbild erarbeitet und vom Planungsverband beschlossen. Seine Umsetzung soll zur langfristigen Sicherung der medizinischen Versorgung in allen Teilräumen beitragen.

Dr. Carola Schmidt

Regionaler Planungsverband Vorpommern, Geschäftsstelle Greifswald

c/o Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern

c.schmidt@afrlvp.mv-regierung.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Matthias Segerer, Universität Regensburg

Nahversorgung in Bayern: Empirische Identifizierung und Erklärung von Versorgungslücken in der wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln

Die hohe Dynamik des Betriebsformenwandels im Einzelhandel – vor allem Verkaufsflächenwachstum und Polarisierung der Angebotsstruktur – erschwert es der Öffentlichen Hand zunehmend, die planerischen Vorstellung einer räumlichen Ordnung für die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern aller Fristigkeitsstufen umzusetzen. Von dieser Dynamik und einer damit einhergehender Einzelhandelsnetzausdünnung ist vor allem die Nahversorgung betroffen, welche flächendeckend – vor allem im ländlichen Raum – kaum mehr Aufrecht erhalten werden kann. Eine dominierende Stellung in der Thematik **Nahversorgung im engeren Sinn** nimmt sowohl in Theorie aber vor allem auch in der Praxis die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ein.

Im Mittelpunkt der Diskussion um die ‚räumliche Nähe‘ von Versorgungseinrichtungen steht die fußläufige Erreichbarkeit, welche in der Regel zwischen 400 und 1.000 Metern angesetzt wird (vgl. u.a. BBE 2007 und 2010, GMA 2010), aber bisher nicht eindeutig definiert ist. Eben die Analyse dieser flächendeckenden Versorgung mit Lebensmitteln – am Beispiel des Bundeslandes *Bayern* – steht Mittelpunkt dieses Beitrags, welcher sich zum Ziel setzt, Versorgungslücken in der Nahversorgung aufzudecken und zu erklären. In diesem Zusammenhang gilt es, folgende zentralen Fragestellungen zu beantworten:

- *Welche Distanzen müssen Verbraucher für die Versorgung mit Lebensmitteln mindestens zurücklegen?*
- *Wie unterscheiden sich diese Distanzen im Hinblick auf verschiedene Betriebsformen des LM-Einzelhandels – LM-Disocunter, Supermarkt, Verbrauchermark/SB-Warenhaus, sonstige LM-Märkte (unter 400 m² Verkaufsfläche) ?*
- *Wie lassen sich diese Distanzen in Abhängigkeit der räumlichen und wirtschaftlichen Struktur erklären?*

Zur Beantwortung dieser zentralen Fragestellungen wird ein normativer Forschungsansatz verfolgt. Unter Einsatz eines GIS werden zunächst die minimalen Distanzen in Zeit- und Metereinheiten zwischen Nachfragern – auf Straßenabschnittsebene – und nächstliegenden Lebensmittelbetrieben – adressgenau – für das gesamte Bundesland Bayern ermittelt. Im Anschluss erfolgt eine statistische Analyse der ermittelten Werte mit Hilfe eines Regressionsansatzes, der Auskunft darüber gibt, welche räumlichen Unterschiede – bspw. zwischen Agglomerationsraum und ländlichem Raum – sich ergeben. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen zum einen dazu beitragen, die eher emotional geführte Diskussion zur wohnortnahen Nahversorgung zu versachlichen. Zum anderen sollen die Ergebnisse eine Grundlage darstellen, wo derzeitiger und zukünftiger Handlungsbedarf im Hinblick auf eine zu sichernde, flächendeckende bestehen bzw. zu erwarten sind.

Dipl. Kfm. (univ.) / Dipl. Geogr. (univ.) Matthias Segerer
International Real Estate Business School (IREBS)
Universität Regensburg
matthias.segerer@irebs.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Arne Siegler, Cordula Uhlig - Universität Kaiserslautern***Sicherheitsvorsorge ländlicher Räume unter Schrumpfungsbedingungen**

Neben dem gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel wird der demographische Wandel mittel- bis langfristig maßgeblich die zukünftige Entwicklung in Deutschland, in den Bundesländern und in den einzelnen Kommunen bestimmen. Die demographischen Entwicklungen sind dabei durch heterogene Muster von Wachstum und Schrumpfung sowie durch eine intensive Alterung der Bevölkerung gekennzeichnet. In Folge dessen ist auch mit Auswirkungen auf die künftige Kriminalitätsentwicklung zu rechnen. Bei diesen Entwicklungen wird es jedoch räumliche Unterschiede und Konzentrationsprozesse geben. Insbesondere Siedlungen in den strukturschwachen, peripher gelegenen ländlichen Räumen werden deutlich vom demographischen Wandel geprägt. Dabei kann die verringerte Bevölkerungs- und Siedlungsdichte in diesen Räumen auch zu einer erhöhten, subjektiv empfundenen Unsicherheit in der Bevölkerung führen.

Generell wird davon ausgegangen, dass die Tragfähigkeitsgrenzen von Infrastrukturen in einer von Alterung und Schrumpfung geprägten Gesellschaft unterschritten werden (können). Durch sinkende Auslastung und Wirtschaftlichkeit kann dies bis zur Stilllegung von Infrastrukturen (in strukturschwachen, peripher gelegenen ländlichen Räumen) führen. Die in Wissenschaft und Praxis geführte Diskussion bezieht bislang lediglich Themenfelder wie Wohnungsmarkt sowie soziale und technische Infrastrukturen in diese Betrachtungsweise ein, obwohl zur infrastrukturellen Grundversorgung auch die Sicherheitsvorsorge gehört und diese bedeutsam für die Lebens- und Standortqualität der Bevölkerung und von Unternehmen ist. Für die zukünftige Entwicklung des Landes und seiner Teilräume ist daher zu klären, ob und wie die bestehende quantitative und qualitative Ausgestaltung der Sicherheitsinfrastrukturen der öffentlichen Hand unter sich ändernden Rahmenbedingungen aufrechterhalten werden kann. Anpassungen und Neuausrichtungen durch Polizei und Ordnungsbehörden scheinen jedoch unumgänglich.

Im Rahmen des Referats wird zum einen die querschnittsorientierte Problematik der erforderlichen Anpassung der Sicherheitsinfrastrukturen aufgrund der demographischen Entwicklung aufgezeigt. Zum anderen werden beispielhaft baulich-räumliche, sicherheits-organisatorische sowie technologische Neuausrichtungen zur öffentlichen Sicherheit umrissen, die zur Sicherung des Gleichwertigkeitsprinzips in von Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung betroffenen Räumen und damit zur dauerhaften Besiedlungsfähigkeit beitragen können. Daneben wird auch diskutiert, wie durch die Integration und Kollaboration unterschiedlicher sicherheitsrelevanter Themenbereiche die Erbringung von Sicherheitsleistungen verbessert und inwiefern private Akteure in diesen Prozess einbezogen werden können.

Dr.-Ing. Arne Siegler
Technische Universität Kaiserslautern
Fachbereich Raum- und Umweltplanung
Arne.Siegler@ru.uni-kl.de

Dipl.-Ing. Cordula Uhlig
Technische Universität Kaiserslautern
Fachbereich Raum- und Umweltplanung
Cordula.Uhlig@ru.uni-kl.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Loring Sittler, Zukunftsfonds der Generali Deutschland Holding AG, Köln
Mit zivilgesellschaftlichem Potenzial den Kampf um die Erhaltung von angemessenen Lebensbedingungen aufnehmen

Der Vortrag beleuchtet an Hand von Ergebnissen aus dem Bericht zur demografischen Lage der Nation, daß von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse schon lange nicht mehr gesprochen werden kann.

Eine mögliche Strategie gegen das weitere Ausbluten ganzer Regionen ist die Schaffung einzelner überlebensfähiger Räume. Mögliche praktische Ansätze zu einer solchen Revitalisierung der Ortschaften werden an drei sehr unterschiedlichen, vom GZF mitgeförderten Projekten demonstriert. Dabei geht es grundsätzlich darum, wie mit bürgerschaftlichem Engagement und einer besseren, auch transsektoralen Vernetzung der Zivilgesellschaft in ländlichen Gebieten der weitere Verfall gestoppt und neue zivilgesellschaftliche Kerne geschaffen werden können.

Die drei Projekte

1. DORV - Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung

Bereits an mehreren Orten realisierte Konzepte, neue Zentren für Einkauf, Dienstleistung und Versorgung in kleinen Orten zu schaffen – in unterschiedlichen Rechtsformen je nach Ausgangslage/Basisanalyse.

2. Kronach – Seniorengemeinschaft Kronach Stadt und Land e.V.

Im Kern eine Genossenschaft, in der freiwillig und gegenseitig Dienstleistungen erbracht, ggf. gegen kleines Entgelt bezahlt oder als Zeitbank gutgeschrieben werden – Vernetzung mit allen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Kommunalverwaltung besteht bereits.

3. Dorf-Kümmerer – Projekt von entersozial der iqconsult (Norbert Kunz)

Identifikation, Qualifikation und Begleitung von über 55Jährigen, die sich als „Kümmerer“ um den Neu- oder Wiederaufbau bürgerschaftlicher Strukturen in ländlichen Gemeinden einmischen.

Loring Sittler
Leiter des Zukunftsfonds der
Generali Deutschland Holding AG, Köln
Loring.Sittler@generali.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Annett Steinführer, Patrick Kupper; Johann Heinrich von Thünen-Institut Braunschweig
Alexandra Tautz Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim (Eberswalde)*

**„Das Nötige, was man erwarten kann“ – Sicherung von Lebensqualität als Prozess kontinuierlicher Anpassung und Bewältigung.
Befunde aus einer Alterungsregion**

Auf Bundesebene wird die Debatte um die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und damit um ein gesellschaftliches Grundverständnis mit Vehemenz geführt. Dies findet auf der regionalen Ebene keinen direkten Niederschlag. Vielmehr scheint es, als seien die Akteure dort zu sehr mit der beständigen Bewältigung der Folgen der soziodemographischen Veränderungen und der Anpassung sich wandelnder Daseinsvorsorgeeinrichtungen befasst, als dass sie sich auf normative Diskurse über sozialräumliche (Un)Gleichheit einlassen könnten. Nicht die Ausstattungsmerkmale anderer – zumal nicht jene der besser gestellten – Regionen, sondern das konkret Vorgefundene, das Geschaffene, die Pfadabhängigkeiten sind der Maßstab der Auseinandersetzungen vor Ort. Schulen, Busverbindungen, Jugendklubs gilt es für die verbliebene Bevölkerung und eine fiktive mögliche Gruppe von Zuwanderern zu sichern. Vor Ort, so die These des Beitrags, geht es im Handeln der planerischsteuernden Akteure ebenso wie bei der Bewältigung des Alltags durch die Bevölkerung im Kern um die Gewährleistung regional spezifischer Lebensqualität.

Der Vortrag möchte der Frage nachgehen, was Lebensqualität für Schlüsselakteure und Bewohner in Alterungsregionen subjektiv bedeutet. Dafür werden verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge in den Blick genommen: An welchen Maßstäben orientieren Akteure, die mit der Anpassung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen befasst sind, ihre Entscheidungen? Was wollen sie unbedingt erhalten? Nach welchen Kriterien bewertet die ältere Bevölkerung die Infrastrukturausstattung in ihrem Wohnumfeld? Wie bewältigt sie deren Veränderung und Ausdünnung? Dazu werden Ergebnisse einer 2012 abgeschlossenen Untersuchung zweier ländlicher Kleinstädte im Ost- und im Westharz vorgestellt. Im Rahmen dieses Forschungsprojektes wurden knapp 40 leitfadengestützte Interviews mit Schlüsselpersonen sowie 5 Gruppeninterviews mit Seniorinnen und Senioren geführt. Die Wahl der Untersuchungsregion ist durch ihre ausgeprägte Alterung begründet, die den Westharz in Deutschland zu den Regionen mit dem höchsten Anteil an über 75-Jährigen zählen lassen. In struktureller Hinsicht ist der Harz darüber hinaus, trotz seiner geographisch zentralen Lage, als periphere ländliche Region zu charakterisieren.

Die Ergebnisse der Untersuchung machen deutlich, dass Anpassung an die und Bewältigung der Folgen des soziodemographischen Wandels im Bereich der Daseinsvorsorge gleichermaßen gelebter Alltag wie Gebot der Zukunft ist. „Das Nötige, was man erwarten kann“, sei vorhanden, sagte einer der befragten Ortsbürgermeister im Harz. Um zu entscheiden, was „das Nötige“ und „zu Erwartende“ ist, definieren die regionalen Akteure lokale Lebensqualität anhand planerischer Vorgaben (etwa der Ausstattungskriterien von Zentralen Orten), aber auch aufgrund der gewohnten Ausgangssituation und wahrgenommener Handlungsspielräume (z. B. im Rahmen finanzieller Engpässe und institutioneller Hürden). Die Bevölkerung, die den Wandel der Daseinsvorsorge in ihrer Alltagsorganisation bewältigen muss, hat eigene, höchst subjektive und zugleich alters- wie sozialgruppenspezifische Vorstellungen von Lebensqualität und arrangiert sich doch auch mit dem Vorhandenen. Die Bestimmung und Bewertung von Lebensqualität ist für beide Akteursgruppen somit ein kontinuierlicher Bestandteil der Anpassung und Bewältigung, ohne dass dabei normative Vorstellungen guter Lebensqualität aufgegeben werden.

Annett Steinführer, Patrick Kupper
Institut für Ländliche Räume
Johann Heinrich von Thünen-Institut Braunschweig
annett.steinfuehrer@vti.bund.de
patrick.kuepper@vti.bund.de

Alexandra Tautz
Regionale Planungsgemeinschaft
Uckermark-Barnim (Eberswalde)
alexandra_tautz@hotmail.com

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen****Susanne Tschirschky, Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. Kaiserslautern
Das Modellprojekt „Ländliche Perspektiven“ – Handlungsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz**

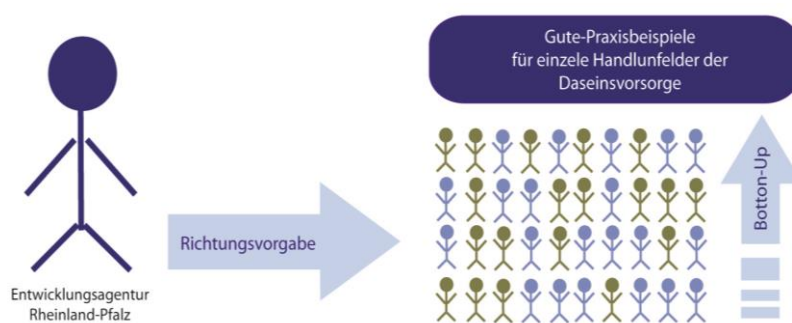
Die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. - ein Joint Venture der Technischen Universität Kaiserslautern und des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz - hat die Aufgabe innovative und modellhafte Lösungen für die Regional- und Kommunalentwicklung zu erarbeiten.

Seit 2010 werden in Rheinland-Pfalz in drei Testräumen auf Landkreisebene Möglichkeiten der nachhaltigen Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels erprobt. Das Modellprojekt soll Wege der Modernisierung und Modifizierung der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen aufzeigen. Dabei erfolgt die Konzeption und die Erprobung zukunftsweisender Maßnahmenpakete in den Kommunen in acht ausgewählten Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge (z.B. Feuerwehrwesen, Kultur, Mobilität, Leerstand). Mit den lokalen Akteuren werden gemeinsam konkrete Projekte entwickelt. Dabei spielen während des gesamten Modellprozesses folgende übergeordnete Leitfragen eine zentrale Rolle:

- In welchen Bereichen der Daseinsvorsorge liegen die Problemfelder und durch welche Maßnahmen können diese Leistungen zukünftig zielgerichtet bereitgestellt werden?
- Mit welchen Lösungsansätzen können gleichzeitig die kommunalen Haushalte nachhaltig entlastet werden?
- Welche lokalen Hemmnisse müssen bei der Gestaltung neuer Strukturen der Daseinsvorsorge überwunden werden?

Der Modellprozess gliedert sich in fünf Phasen: Der Sondierungs-, Kreativ-, Qualifizierungs-, Umsetzungs- und Transferphase. In der Sondierungsphase werden Strukturanalysen durchgeführt und mit der Kreisverwaltung die zu bearbeitenden Handlungsfelder identifiziert. In der Kreativphase werden in öffentlichen Workshops für jedes Handlungsfeld konkrete Projektansätze entwickelt. Die entstandenen Projektideen werden dann in einzelnen Arbeitsgruppen in der Qualifizierungs- und Umsetzungsphase weiter ausgearbeitet, konzipiert und realisiert.

Derzeit befinden sich die verschiedenen Projekte in unterschiedlichen Arbeitsstadien. Während erste Ideen bereits erfolgreich realisiert wurden (z.B. „Perspektive Feuerwehrwesen Cochem-Zell“, „Schuh trifft Schiene“), stecken gerade mitten in der Konzeption (z.B. Leerstand, Medizinische Grundversorgung). Die abschließende Transferphase dient dazu die wesentlichen Erkenntnisse des Modellprozesses sowie die geschaffenen Gute-Praxis-Beispiele in die kommunalen Praxis und die Wissenschaft zu tragen.



Im Handlungsfeld „Feuerwehrwesen“ wird derzeit z.B. darauf hingewirkt, dass andere Landkreise die Imagekampagne "Rette aus Leidenschaft!" und das Schulfach "Feuerwehrtechnische Grundausbildung"

zur Nachwuchsförderung sowie das Konzept einer Einkaufsgemeinschaft übernehmen. Dabei soll u.a. als eine zentrale Erkenntnis des Modellprozesses vermittelt werden, dass die Verknüpfung zwischen Verwaltung, Ehrenamt, Schulen, Vereinen und Wirtschaft ein Schlüsselfaktor für den Projekterfolg vor Ort ist.

Susanne Tschirschky
Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. Kaiserslautern
tschirschky@ea.rlp.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

*Helke Wendt-Schwarzburg**inter 3 GmbH - Institut für Ressourcenmanagement Berlin***Re-Produktionsketten in der Wasser- und Energie-Infrastruktur in schrumpfenden Regionen**

Gemeinsam mit den vom demografischen Wandel stark betroffenen Kommunen Uebigau-Wahrenbrück (Stadt, Brandenburg) und Wittenberg (Landkreis, Sachsen-Anhalt) untersucht und erprobt der Forschungsverbund „RePro – Ressourcen vom Land“ den Aufbau von regionalen Re-Produktionsketten in der Wasser- und Energieinfrastruktur. In diesen Wertschöpfungsketten werden regionale Sekundärressourcen wie Abwasser, Abwärme, Restholz oder Grünschnitt von und für die Regionen genutzt. Dazu wurde ein Portfolio aus sieben Re-Produktionsketten rund um die Wasser- und Energie-Infrastruktur erarbeitet, die unter heutigen Bedingungen technisch umsetzbar und wirtschaftlich betreibbar sind. Diese Übersicht dient Bürgermeistern, Regionalentwicklern, Wirtschaftsförderern und Unternehmern als Anregung und Überblick über die sich bietenden Möglichkeiten.

Ziel ist es, sowohl die stofflich-energetische als auch die wirtschaftlich-soziale Re-Produktionsfähigkeit der Regionen zu erhalten:

- Wasser- und Energie-Infrastrukturleistungen bezahlbar aufrechtzuerhalten
- die (noch) vorhandenen materiellen und unternehmerischen Potenziale zu aktivieren, um Wertschöpfung in der Region zu halten und zurückzuholen
- den Innovationsdruck auf die Infrastrukturen (durch demografischen Wandel und Klimawandel) zu nutzen, um regionale Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen und das Selbstbild der Regionen zu verbessern.

Der Aufbau von RePro-Ketten ist verheißungsvoll, verbindet sich darin doch die Hoffnung auf ökologische Zukunftsfähigkeit mit der auf regionalwirtschaftliche Entwicklung in den strukturschwachen Regionen. Nach gut zwei Jahren Entwicklung und Erprobung können wir sagen, was funktioniert und was nicht, welche Handlungsoptionen die Gemeinden und die Landkreise haben, inwiefern die RePro-Ketten einen Beitrag zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse leisten, und welche Vor- und Nachteile die neuen, kleinen Public-Private-Partnerships haben, die vor Ort zwischen Kommune, Unternehmen und Bürgern eingegangen werden.

Dipl.-Komm.wirtin Helke Wendt-Schwarzburg
Koordination Forschungsverbund Re-Produktionsketten
inter 3 GmbH - Institut für Ressourcenmanagement Berlin
koordination@inter3.de

Der demografischen Wandel.**Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen**

Dr. Wolfgang Weiß, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Regional angemessene Lebensqualität vs. Gleichwertige Lebensbedingungen

Im Sommer 2011 wurde im Rahmen des Teilprojektes „Sozialökonomische Aspekte des Demographischen Wandels in ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts“ eine umfangreiche Befragung von Multiplikatoren in der Altmark⁷ durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen in vielfältiger Weise, wie schwierig es in solchen, besonders stark vom demografischen Wandel erfassten Regionen ist, den Anspruch der Sicherstellung gleichwertiger Lebensbedingungen zu verwirklichen.

Im Vergleich zu früheren Befragungen war allerdings ein erheblicher Bewusstseinswandel zu beobachten: Vier Jahre zuvor war für viele Interviewpartner die demographische Entwicklung noch kaum ein Thema, obgleich bereits damals nur wenige andere Regionen in Deutschland eine vergleichbar starke Bevölkerungsdynamik, ähnlich hohe Verluste und vor allem eine ähnlich starke Veränderung in der Altersstruktur der Bevölkerung in nur einer Generation erlebten, wie diese Region im Norden Sachsen-Anhalts. Mittlerweile ist im Bewusstsein der meisten Verantwortungsträger die Erkenntnis fest verankert, dass sich dieser Trend auch noch in den nächsten Jahrzehnten unverändert fortsetzen wird.

Die Ergebnisse zeigen u.a., dass in Abwanderungsgebieten mit besonders geringer Bevölkerungsdichte, vorrangig östlich der Elbe sowie westlich der Elbe insbesondere in der Altmark, durch die Migration die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft gefährdet wird. Es werden zwar nicht grundsätzlich die Gesetze des Marktes infrage gestellt, wohl aber wird die Wirksamkeit des Wettbewerbes dadurch abgeschwächt, dass die Bevölkerungsdichte für tragfähige Angebote zu gering ist und funktionierende Zentren zu weit entfernt sind.

Rein formal ist eine geringe Bevölkerungsdichte für das Funktionieren des Marktes kein Problem: Vielfach ist der ländliche Raum die notwendige Ergänzung der Städte, die ja erst durch ihr Umland zu Zentren werden. Was aber, wenn sich in hinreichender Distanz keine effektiven Zentren befinden, wenn die Bevölkerungsdichte großflächig unter ein Maß sinkt, bei dem der Wettbewerb, der Motor der Marktwirtschaft, noch stattfinden kann? Wie reagiert die regionale Wirtschaft bei fehlender Kaufkraft, bei Unterschreitung der für ihr effektives Funktionieren notwendigen „kritischen Masse“? Die Befragten erbrachten Bestätigungen für folgende vier Reaktionen:

- Abwanderung zu den Märkten, vor allem zu den Arbeitsmärkten;
- Regionale Monopolbildung der verbleibenden regional orientierten Wirtschaft;
- Filialisierung der distributiven Wirtschaft;
- Forderung nach politischer Gegensteuerung durch Subventionierung bzw. Alimentalisierung.

In besonders ausgedünnten, zentrumsfernen Teilräumen, z.B. in der Kehle des Elb-Knies um Werben sowie um Kalbe/Milde und Bismarck, überlagern sich die einzelnen wirtschaftlichen Erosionserscheinungen.

Der Beitrag stellt u.a. ausgewählte Ergebnisse der o.g. Umfrage vor und entwickelt vor dem Hintergrund seiner umfangreichen Forschungen zum ländlichen Raum Positionen zur künftigen Wahrung angemessener Lebensbedingungen in den ländlichsten Räumen, die vom demografischen Wandel sowie der lang anhaltenden, selektiven Abwanderung am stärksten betroffenen sind.

PD Dr. Wolfgang Weiß
Ernst-Moritz-Arndt-Universität
Institut für Geographie und Geologie
weiss@uni-greifswald.de

⁷ Die Region Altmark umfasst die beiden Landkreise Altmarkkreis Salzwedel und Landkreis Stendal.